

Palästinenser schätzen Schweizer Engagement

Bern vermittelt zwischen der Hamas und der Fatah – bisher allerdings ohne Erfolg

Von Pierre Heumann, Jerusalem

Die Schweiz wolle im israelisch-palästinensischen Konflikt diejenigen Kräfte stärken, die bei der Zwei-Staaten-Lösung Fortschritte anstrebten. Es sei deshalb sinnvoll, wenn Bern auch in Israel Organisationen unterstütze, die bei den Menschenrechten eine «klare Sprache sprechen», sagte gestern in Jerusalem Felix Gutzwiller (FDP), Präsident der ausserpolitischen Kommission des Ständerats. Auf einer mehrtägigen Informationsreise nach Israel und in die palästinensischen Gebiete hatten ihn fünf Kommissionsmitglieder begleitet, darunter Christian Levrat (SP) und Karin Keller-Sutter (FDP).

Die Zwei-Staaten-Lösung sei für die Schweiz nach wie vor die Basis ihrer Nahostpolitik. Felix Gutzwiller warnte jedoch: «Der Spielraum und das Zeitfenster für diese Lösung werden aber enger.»

Fortschritte im Friedensprozess würden auch eine Beilegung des inner-palästinensischen Streits voraussetzen. Die Schweiz bemühe sich deshalb aktiv um eine Versöhnung zwischen der radikal-islamischen Hamas und Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas, sagte Gutzwiller beim Medientreffen. Damit solle ein zentrales Hindernis im Friedensprozess aus dem Weg geräumt werden.

«Kanäle öffnen»

Als Voraussetzung für die inner-palästinensische Versöhnung müsste etwa die Frage geklärt werden, wer bei künftigen Wahlen wählen darf: Nur Palästinenser, die in Palästina leben, oder auch diejenigen, die ausserhalb der Heimat wohnen, zum Beispiel in Syrien, in Jordanien oder im Libanon? Die Schweiz versuche laut Gutzwiller dabei Kanäle zu öffnen und Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Berns Engagement werde von Palästinensern geschätzt, «auch wenn es bisher noch zu keinen Resultaten geführt hat», sagte der Zürcher Ständerat. Der Graben zwischen der Hamas und Abbas ist nach wie vor so tief, dass Abbas kein Treffen mit Hamas-Parla-

mentariern zuliege. Auch in Gaza kam keine Begegnung mit der Hamas zustande, die in den meisten westlichen Staaten als Terrororganisation klassiert ist.

Israel erteilte der Delegation keine Bewilligung zum Besuch des von der Hamas kontrollierten Gazastreifens. Die Radikal-Islamisten kontrollieren den Küstenstreifen seit 2007. Mehrere Versuche, die Fatah und die Hamas miteinander zu versöhnen, sind regelmässig gescheitert. Vom Westen wird lediglich Abbas als legitimer Präsident der Palästinenser anerkannt. Die Schweiz gehört zu den wenigen westlichen Staaten, die sowohl zur Hamas als auch zu Abbas gute Beziehungen pflegen. Die Schweiz sei «the only game in town», heisst es in Gaza. Was nicht ganz richtig ist: Denn über Katar ist auch Israel im Gespräch mit der Hamas, wenn auch nur indirekt.

Siedlungen als «Hindernis»

Als zweites Hindernis für Fortschritte im Friedensprozess ortet Gutzwiller die israelische Siedlungspolitik: Gewisse Aktivitäten seien nach internationalem Recht illegal. Der Ständerat wollte die Politik der neuen israelischen Regierung zwar nicht kommentieren. Die Kommission hätte allerdings zur Kenntnis genommen, dass im Koalitionsvertrag die Zwei-Staaten-Lösung «keine grosse Rolle» spiele, sagte der Präsident der ausserpolitischen Kommission des Ständerates. Insbesondere sei bei der Siedlungspolitik keine «Entschleunigung» abzusehen. Insgesamt stimme ihn das Prozess-Management der letzten Jahre «pessimistisch», sagte Gutzwiller.

Nachdem mehrere europäische Parlamente ihre Regierungen zur Anerkennung des Staates Palästina aufgerufen haben, dürfte auch in der ausserpolitischen Kommission des Ständerates diese Frage demnächst diskutiert werden. Israel kritisiert die einseitige Anerkennung. Sie reduziere die Bereitschaft der Palästinenser, sich in seriösen Verhandlungen zu engagieren. Eine Anerkennung sei erst dann sinnvoll, wenn sich die beiden Seiten geeinigt hätten.

Das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer kann durch Abschottung nicht gelöst werden

Damit das Rinnsal nicht zum Fluss wird

Von Elisabeth Schneider-Schneiter

Ein Thema scheint den Medien ganz besonders zu gefallen. Die Flüchtlingsdramen, die sich derzeit auf dem Mittelmeer abspielen, bei denen immer wieder Menschen während der riskanten Überfahrt ertrinken. Wir sind berührt und entrüstet. Politiker werden aufgefordert, nun endlich zu handeln, um dieses Elend zu stoppen. Die vielen Todesopfer dürfen nicht länger hingenommen werden. Doch lassen wir uns nicht ein wenig zu stark von schrecklichen Bildern leiten und vergessen, dass neben dem Drama im Mittelmeer noch sehr viel mehr Leid geschieht?

Alle zehn Sekunden stirbt ein Kind an Unterernährung. In den Medien finden sich keine Bilder. Alle fünf Minuten stirbt ein Kind an Malaria. Auch darüber wird nicht berichtet. Leider sind es die einfach verständlichen Bilder, die uns Medienkonsumenten geboten werden. Flugzeugabstürze, Erdbeben, Ebola – und eben die Mittelmeerflüchtlinge. Aber was ist mit dem Leid, das nicht sichtbar gemacht wird? Sind wir bereit, uns auch dort zu engagieren?

Effiziente Zusammenarbeit

Jeder Schweizer und jede Schweizerin bezahlt heute 375 Franken an Entwicklungshilfe pro Kopf. Immer wieder wird über die Verwendung dieser Mittel diskutiert, ob wir in die richtigen Länder oder die richtigen Projekte investieren. Dass ein grosser Teil dieser Gelder dafür eingesetzt wird, das nicht alltäglich sichtbare Elend zu bekämpfen, macht die Diskussionen anspruchsvoll.

Noch anspruchsvoller scheinen mir aber die Diskussionen um die Kürzung der Entwicklungshilfe. Man ärgert sich über jene Asylsuchenden in unserem Land, die bei uns ein besseres Leben suchen. Gleichzeitig will man aber jene Mittel kürzen, die helfen würden, diesen

Menschen ein besseres Leben in ihrer Heimat zu ermöglichen. Eine ziemlich schräge Diskussion, die im Moment auf dem politischen Parkett stattfindet.

Warum fordern nun nicht gerade die Asylkritiker, mit der EU zu kooperieren, um gemeinsam Lösungen für das Flüchtlingsdrama zu suchen? Stattdessen boykottiert man lieber alles, was nur im Entferntesten mit EU zu tun hat. Wir wollen ja nicht fremdbestimmt sein. Keine fremden Richter, kein EU-Diktat und was immer in diesen Propaganda-Blättern zu lesen ist.

Bringt der Ausstieg aus Schengen/Dublin die erwartete Lösung? Nein, bestimmt nicht.

Um aber dem Flüchtlingsproblem in der Schweiz Herr zu werden, brauchen wir eine effiziente Zusammenarbeit mit der EU. Wir brauchen auch eine effiziente Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern. Warum können wir die libysche Küstenwache nicht mit Schiffen ausrüsten, die ihr eine effiziente Arbeit ermöglichen? Das wäre günstiger als Hunderttausende Asyl- und Rückschaffungsverfahren.

Was tun wir hier in der Schweiz eigentlich gegen Malaria? Dank Daniel Vasella wurde eine Stiftung gegründet, die unentgeltlich Medikamente gegen Malaria austeilte. Wir begrüssen solche privaten Initiativen. Genauso wie es viele Schweizer Unternehmungen im Ausland mit ihrer Präsenz schaffen, wichtige Arbeitsplätze anzubieten. Wir sollten diesen Unternehmungen danken und ihnen nicht Regulierungen aufdrücken, die es ihnen verunmöglichen, in einem Entwicklungsland zu arbeiten. Warum exportieren wir eigentlich nicht vermehrt unser erfolgreiches Berufs-

bildungsmodell in Entwicklungsländer und zeigen diesen jungen Menschen, wie man einen Beruf erlernt? Sie hätten damit eine Perspektive und müssten ihr Glück nicht im Ausland suchen. Wie wäre es, wenn unsere Kantonalbanken ein Entwicklungsbankensystem aufbauen würden, mit dem wir den Privatsektor vor Ort stärken könnten? Langfristig könnte die Schweiz damit sogar neue Handelspartner erschliessen und wir könnten davon profitieren.

Abschottung funktioniert nicht

Liebe Schweizerinnen und Schweizer, die Sache ist ganz einfach. Entweder helfen wir den Afrikanern zu einem besseren Leben in ihrer Heimat oder das kleine Rinnsal an Flüchtlingen, das versucht nach Europa zu gelangen, wird zu einem reissenden Fluss. Die Bevölkerung von Afrika ist jung und wächst schnell. Wohnten 1950 225 Millionen Menschen in Afrika, sind es heute eine Milliarde. Wenn Afrika sich nicht entwickelt, werden die Afrikaner zu uns kommen.

Was verlangen Abschottungspolitiker vom Bundesrat? Sich abzuschotten. Aber wie sollen 2000 Grenzwächter das schaffen, wenn Hunderttausende an unsere Türe klopfen? Bringt der Ausstieg aus Schengen/Dublin die erwartete Lösung? Nein, bestimmt nicht. Die Italiener würden den Tag zum Feiertag ernennen, denn mit einem solchen Beschluss würden sie allen Flüchtlingen ein Ticket nach Chiasso geben und das Problem wäre für sie gelöst. Die grüne Grenze zu überqueren ist für Leute, die bereits das Mittelmeer überquert haben, ein kleineres Problem. Es ist unmöglich, unsere Grenze dichtzuhalten. Die einzige Lösung ist eine international abgestimmte Flüchtlings- und Entwicklungspolitik und zwar mit der EU und mit den Herkunftsländern.

Elisabeth Schneider-Schneiter ist Nationalrätin (CVP/BL).

Weinhändler Giroud verliert vor Bundesgericht

Zwei Beschwerden des verurteilten Steuerhinterziehers abgelehnt

Bern. Der Walliser Weinhändler Dominique Giroud hat vor Bundesgericht eine Niederlage erlitten. Das Gericht wies zwei Beschwerden von Giroud, der im vergangenen Jahr wegen Steuer- vergehen verurteilt worden war, ab.

Gegen das Urteil der Waadtländer Staatsanwaltschaft hatte die Walliser Steuerverwaltung Einsprache eingereicht. Dies mit der Begründung, die Waadtländer Staatsanwaltschaft habe lediglich Vergehen auf Bundesebene,

nicht aber auf Ebene des kantonalen Steuerrechts behandelt. Zusätzlich hinterlegte die kantonale Steuerverwaltung vorsorglich eine Anzeige gegen Giroud.

Ende August legte der Staatsanwalt das Verfahren dann auf Eis. Es gelte, die Beurteilung der Beschwerde abzuwarten. Giroud wehrte sich gegen dieses Vorgehen, seine Beschwerde wurde aber vom Walliser Kantonsgericht abgewiesen. Das Bundesgericht stützt dieses Vorgehen, wie aus einem gestern publi-

zierten Urteil hervorgeht. Der Entscheid des Kantonsgerichts ziele darauf ab, sich widersprechende Urteile und Kompetenzstreitigkeiten zu verhindern.

Giroud gelangte ausserdem mit einer Ausstandsbeschwerde gegen den Walliser Staatsanwalt Nicolas Dubuis ans Bundesgericht. Dubuis könnte ihm gegenüber besondere Strenge walten lassen, so die Befürchtung des Weinhändlers. Die Lausanner Richter wiesen auch diese Beschwerde ab. SDA

ANZEIGE

MINDESTENS



+2%
Frühlings-Vorteil

DER OPEL EURO-FRÜHLING

**RABATTE, DIE SICH
GEWASCHEN HABEN.**

Attraktive Sonderangebote jetzt
bei Ihrem Opel Partner.

opel.ch

13% Euro-Rabatt plus 2% Frühlings-Vorteil auf den empfohlenen Listenpreis inkl. MwSt. Gültig bei teilnehmenden Händlern für sämtliche Opel PW-Modelle bis 31. Mai 2015 ausser Ampera Lagerfahrzeuge (18%), Ampera Neubestellungen (7%), Astra Limousine 5-türig (20,5%), Astra Sports Tourer (17%) und KARL (0%).

